

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Sonntag im 10. Jahrgang. Das monatliche Abonnement kostet 1,20 Mark, das vierteljährliche 3,60 Mark, das halbjährliche 6,00 Mark, das jährliche 10,00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennige. Adressen: Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Druckerei der Halle'schen Zeitung, Halle a. S.

Die Anzeigen werden nach folgender Tabelle berechnet. Die Tabelle ist bei dem Redaktionsbüro zu erlangen. Der Anzeigenpreis ist nach dem Druckort zu ermitteln. Die Anzeigen werden in der Halle'schen Zeitung, Halle a. S., gedruckt. Druck: Druckerei der Halle'schen Zeitung, Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Berufungsverhandlung im Rathhof-Prozess wird voraussichtlich im Februar, und zwar wiederum in Wuppertal stattfinden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, daß die vom Reichspräsidenten schon vor geraumer Zeit gegen andere Verurteilungen anhängig gemachten Verfahren — es handelt sich um 10—12 Fälle — nicht nur den Schlichtungsstellen, sondern nur dem Staatsgerichtshof zum Schluß der Republik vorgelegt werden, da es sich auch hier um Fragen handelt, die sich im Rahmen kleiner Gerichte kaum behandeln lassen.

Die Nachforschungen im Fall Kaiser-Schändung wurden während der Feiertage fortgesetzt. Am Freitagabend eras sich die Notwendigkeit, den ältesten Sohn des Generaldirektors Kautler zu verhaften. Es ist der 22 Jahre alte, in Wuppertal geborene Alexander Kautler, der als Prototyp im Landhaus E. von Stein in Berlin angeheiratet war und eine Villa in der Kurort, Kolonie Grunewald, bewohnt. Außer Alexander Kautler wurden der frühere Prototyp der Steinbahn, der 45 Jahre alte Alfred Blei und ein anderer Angehöriger der „Karl Kautler“, der 62 Jahre alte Major a. D. Karl Kautler verhaftet.

Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sind im Geschäftsbezirk des jüdischen Antiquariats 182 Straßengänge einschließlich politischer Gegenstände, in Freiheit gesetzt worden.

Der kommunistische Abgeordnete Stöder fordert nun dem Vorsitzenden Hermann Müller die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zwecks Stellungnahme zur Annahme im besetzten Gebiet. Die Kommunisten wollen dagegen, roteletieren, daß die durch Artikel 7 des Londoner Vertrages vorgegebene Annahme nicht auf ihre Anhänger ausgedehnt wird.

Das Hoherverrats- und Weimereisenfahrten gegen Kapitän Ehrhardt ist wegen Abwesenheit des Verurteilten vorläufig zur Einstellung gelangt. Die Entscheidung bedeutet keineswegs eine Einstellung des Verfahrens überhaupt, vielmehr haben die in dieser Angelegenheit geführten Ermittlungen und Nachforschungen „vorläufig“ das heißt bis zum Eintritt wieder dabei werden sollte, worauf dann das Verfahren ununterbrochen wieder aufgenommen werden wird.

Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ beschäftigt die Witwe Olga des Erzherzogs Ernst August von Cumberland zu Braunshweig und Lüneburg mit der ganzen Familie Oesterreich zu verlassen.

Die Reparationskommission hat beschlossen, nachdem sie sich mit der deutschen Regierung über die Verantwortlichkeit des Schiedsrichters über die Kreditobligationen geeinigt hat, diesen Posten für die Dauer von 5 Jahren dem schwedischen Bankdirektor Wallenberg zu übertragen. Wallenberg hat angenommen.

Die demnächst in Paris stattfindende Finanzkonferenz wird sich in erster Linie mit der Zuteilung der Annullitäten aus dem Deutschen Reich, sowie mit der Zuteilung aus dem deutschen Anleihe, beschäftigen. Aus der Zuteilung haben die Alliierten insgesamt 40 Mill. Fr. empfangen. Hierzu benötigen Frankreich und Belgien 15 Millionen Pfund, der noch verbleibende Betrag von ca. 25 Millionen Pfund wird unter die Alliierten verteilt werden. Der Annuitt der Vereinigten Staaten beträgt 4 Millionen Pfund pro Jahr für die Dauer von 12 Jahren. Der Nettobetrag der Reparationsbeträge stellt sich demnach auf ca. 20 Millionen Pfund.

Nachrichten aus amerikanischen Kreisen lassen erkennen, daß der deutsch-amerikanische Handelsvertrag kaum Aussicht hat, in seiner jetzigen Form die Zweidrittel-Mehrheit im Senat zu erlangen. Die Mitglieder der Schutzstreife hat ihren Einwand auf die republikanischen wie die demokratischen Senatoren nicht verfehlt.

Donnerstagabend wurden in verschiedenen rumänischen Städten insgesamt 400 Kommunisten verhaftet. Die Verhafteten gehören sämtlich geheimen terroristischen Vereinigungen an.

Die Sowjetregierung hat in Paris elf Flugzeuge erstanden und 60 weitere sind in Auftrag gegeben worden. Außerdem hat die Sowjetregierung mit einer dritten Firma einen Kontrakt auf Lieferung von noch 200 Flugzeugen abgeschlossen.

Der bulgarische Ministerpräsident Janow ist im Ausland eingetroffen. Nach seiner Ankunft hat er sich mit dem Außenminister Ritschitski Besuche ab. Nach einer offiziellen Mitteilung wurde mit Janow die kommunistische Gefahr erörtert und dabei festgestellt, daß eine Verhandlung zwischen Bulgarien und Bulgarien bei gutem Willen leicht möglich ist.

Das Schwindelmanöver der Entente.

Der Tendenzbericht der Kontrollkommission / Um die Räumung der Kölner Zone.

Paris, 27. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Das Gutachten des Reichsamt für die Kontrolle der Interalliierten Kontrollkommission über den Stand der deutschen Abrüstung ausgearbeitet hat, wird heute der Stabschefkonferenz unterbreitet. Der Pariser Vertreter der „Antich-Frank“ erzählt folgende Einzelheiten aus dem Gutachten:

Es scheint ausgeschlossen, daß Deutschland bis zum 10. Januar 1925 die Abrüstungsarbeiten des Reichsamt für die Kontrolle der Interalliierten Kontrollkommission (I.K.K.) Es folgt dann eine vergleichende Darstellung der Lage im September 1922 und des gegenwärtigen Standes der deutschen Abrüstung. Die militärische Leistungsfähigkeit Deutschlands, heißt es weiter in dem Bericht, ist ohne jeden Zweifel durch die nachstehenden Faktoren vermehrt worden:

1. Reorganisation des Oberkommandos,
2. Neubildung des Generalstabes,
3. Einleitung und Ausbildung der Volkspolizei,
4. Verfahrtes Werbetätigkeit der geheimen Verbände.

Weiter wird in dem Bericht behauptet, daß in der Durchführung der Entarmungsarbeiten keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien, obwohl andererseits die Rüstung keine offensichtliche Vermehrung erfahren hätte. Die Produktionsfähigkeit von Kriegsmaterial habe in nennenswerter Weise zugenommen. Die militärische Ausbildung der deutschen Jugend habe in den militärischen Geheimverbänden wie in der eigentlichen Armee noch größeren Umfang angenommen. Aber die fünf Punkte, deren Ausführung die Volkspolizei von Deutschland fordert, enthält der Bericht folgende Angaben:

1. Die Reorganisation der Staatspolizei ist bei weitem noch nicht durchgeführt worden. Sie hat bis jetzt ihren militärischen Charakter bewahrt, denn einerseits wurde nicht nur die Zahl der Mannschaften vermehrt, sondern es sind auch Rekruten gebildet worden.

2. Die Umwidmung der Munitionsfabriken in Fabriken mit Friedensarbeiten ist nicht abgeschlossen durchgeführt worden. In den militärischen Konstruktionswerken wurden weder wesentliche Einführungen noch neue Erfindungen vorgenommen.

3. Die Kommission hat nicht in der Lage, eine Liste der verbotenen Schriften zu erstellen und die Dokumente über die Stärke des Kriegsmaterials im Momente des Waffenstillstandes überreicht zu werden.

4. Deutschland hat seit 1922 viermalige Maßnahmen ergriffen, um die Reichsgeheime mit den militärischen Akteuren des Reichsamt für die Kontrolle der Interalliierten Kontrollkommission in Einklang zu bringen.

5. Zum Schluß wird in dem Bericht ausgeführt, daß das Deutschland auch Verträge gegen den Kauf über die Abrüstung der Rüstungsbehörden

ungen habe aufzuheben kommen lassen. Die Generalinspektion der Interalliierten Kontrollkommission ist im September auf Verträge an verschiedenen Punkten getroffen. Die Kontrollkommission habe bedeutende Verletzungen festgestellt, wobei sie von geringeren Verletzungen abgesehen hat.

Durch Senjationsmeldungen aller Art verfußt die französische und englische Presse, dieses „Material“ gegen Deutschland zu erklären. So behauptet die französische Radiostation „Radio“, daß in der letzten Zeit 20 000 bis 40 000 Gewehre von der Kontrollkommission entdeckt worden seien. In Paris und London steht es eben fest, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen. In diesen Tagen wird ein groß organisierter Schwindel in die Welt geschickt, den Deutschland leider zu wenig entgegenarbeitet hat. Alles was man aus deutschen Munde heute vernimmt, ist eine amtliche Wiederholung der schon längst amtlich betragenebenen Tatsachen.

Daß bei den fast 1800 Kontrollbesuchen, die bis her erfolgt sind, niemals überflüssige und unzulässige Waffen, sei es bei der Reichswehr oder der Polizei, gefunden worden sind. Die Interalliierte Kontrollkommission wird heute, Sonnabend, vor der Stabschefkonferenz erscheinen. Die Berichte der Kontrollkommission werden, wie in Paris herkömmlich veraltet, sofort nach der Einbringung der Volkspolizeikommission der Interalliierten Kontrollkommission mitgeteilt werden. — Schließlich erfolgt dann die Notifizierung an Deutschland in einigen höflichen Phrasen mit der freundlichen Einladung „guten Willens“ zu betonen.

Die Haltung Americas.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat, nach einer Meldung der „N. Y. Times“ sein Bestreben über die Weigerung der interalliierten Rüstung ausgeprochen, die am 10. Januar fällige Räumung der Kölner Zone vorzunehmen.

In amtlichen Kreisen in Washington beurteilt man die Politik Frankreichs in bezug auf die Räumung der Kölner Zone. Man ist der Ansicht, daß Frankreich aus ohne Gegenleistung Deutschlands in die Räumung der Kölner Zone hätte einwilligen können. Die Politik Frankreichs ist eine Gefährdung mit sich und damit die größte Gefahr für die friedliche Entwicklung der ganzen Welt. Durch die französische Politik ist eine neue Beunruhigung der politischen Atmosphäre entstanden. Auch letzte Amerika es ab, in die Reparationskommission einzutreten, denn durch die französische Politik hätten sich die Verhältnisse in Europa in letzter Zeit wieder verschlechtert. Die Aufforderung der Reparationskommission an Amerika, in die Reparationskommission einzutreten, müsse daher abgelehnt werden.

Stresemann über die Regierungskrise

Dr. Stresemann stellt dem „Samburger Fremdenblatt“ einen längeren Artikel zur Verfügung, mit folgenden Entwürfen:

Die Frage der deutschen Regierungskrise ist in den vergangenen Wochen meist unter dem Gesichtspunkt der „Fraktionsarbitrage“ behandelt worden. Man hat die Frage aufgeworfen, welche Regierungsbildung in Deutschland möglich wäre und ist zu den verschiedenen Mehrheitskombinationen gekommen, die aber durch die Kräfte der Fraktionen selbst als absurd geführt wurden. Die seit dem Auseinanderfall des großen Kabinetts umstrittene Frage ist die Herstellung der „Fraktionen“ im Reich. Weil ich diese verantwortliche Mitwirkung für notwendig erachte, bin ich den größten Angriffen ausgesetzt gewesen.

Welche Gründe sprechen nun für diese von dem Reichsamt für die Kontrolle der Interalliierten Kontrollkommission geforderte, daß es die unaufhaltsame Rechtsentwicklung der Deutschen Volkspartei, die sich von ihren bisherigen Koalitionsgenossen abwendete und in einer Kampfrichtung „rechts gegen links“ die Lösung der deutschen innerpolitischen Fragen erzwänge? Sicherheit nicht! Ich habe ohne Widerspruch auf der Dortmunder Tagung der Deutschen Volkspartei festgestellt können, daß wir die Scheidung in die zwei Deutschland nicht mitmachen wollen. Nichts würde mehr die Bildung einer nationalen Einheitsfront fördern, als wenn man den Schlichter „rechts gegen links“ zur Parole in Deutschland machen würde.

Deshalb drängt ich aber gegenmütlich die Mitarbeit der Deutschnationalen auf, Einigkeit aus dem Grunde, weil sie die heute bürgerliche Partei sind, und weil es fürstigt ist, an dieser Tatsache vorüberzugehen zu wollen.

Wir brauchen außen- und innenpolitisch die Erziehung des deutschen Volkes zur Erkenntnis unserer realen Lage. Ich sehe kein besseres Ziel

dieser Erziehung, als wenn man Insaft die Deutschnationalen einlädt, ihren Anteil an der Verantwortung zu übernehmen. Sie bergen unweilichlich aus Kräfte in sich, die für die Regierung des Staates eine Versicherung sein würden. Es wird die Frage entstehen, wenn durch alle diese Ausführungen der alte Gedanke der Volksgemeinschaft hindurchdringt, warum wird die parlamentarische Auswirkung dieser Gedanken heute nur in der Räumung nach rechts gehen. Die großen Fragen wirtschaftlicher Natur, die jetzt bei den internationalen Handelsverträgen zu lösen sind, und auch die Fragen der Steuerreform, die eine Entlastung überalterter Wirtschaftskräfte bringen muß, sind bei der dogmatischen Einstellung vieler sozialistischer Kreise mit der Sozialdemokratie nicht zu lösen. Man glaubt internationalen sozialen Vereinbarungen bedingungslos zustimmen zu müssen, ohne genügend zu beachten, daß die Kräfte nicht gut und nicht gleich sind, daß die soziale Lage der Bevölkerung durch die Reparationen nicht unter gleichem Licht und Schatten mit anderen Nationen kämpft. Auch ausenpolitisch überwiegt die Ideologie gegenüber der realen Lage. Soweit man an die praktischen Probleme denkt, würde eine Realpolitik mit der Sozialdemokraten können kurzem vor den schwersten Erfährtungen in ihrem Innern stehen.

Die albanischen Wirren.

Ueber die Unruhen in Albanien wird gemeldet: Ahmed Zogal ist an der Spitze seiner Truppen in Triana eingezogen. Die Regierung von Noli hat Zogal zum Diktator zurückgerufen. Die Anhänger Zogals haben gegen Nolis Truppen und die wichtigsten Verkehrswege besetzt. Im Norden hatte Zogal eine große Erfolge.

Der südbalkanische Ministertrat beschloß, alle Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland abzubrechen.

Treibhausstimmung in Frankreich.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Seit einigen Wochen wird die französische Öffentlichkeit durch alarmierende Nachrichten und Preissteigerungen in ungewöhnlicher Weise erregt. Vor allem sind es jetzt die angeblich kommunistischen Umtriebe, die von den Sowjetparteiern und ihren Verbündeten in einem von Tag zu Tag leidenschaftlicher werdenden Stil in die Öffentlichkeit gehämmert werden. Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß die französischen Kommunisten wie alle anderen Kommunisten die gleichen Pläne verfolgen, und daß die Unterwerfung der Sowjetregierung und die Annullierung der ersten Sowjetanleihe in Paris ihnen besondere Beachtung gegeben haben, aber eben so ist es auch, daß die Bedeutung dieser Partei und ihre Wirksamkeit von der Oppositionsopposition maßlos übertrieben wird, in dem Vertrauen, das Publikum gegen die Regierung Serriot aufzuwecken. Keiner der angeführten Handtische hat sich verifiziert und wird es wohl auch kaum in Zukunft tun, denn die materielle Bedeutung der französischen Kommunisten ist sehr gering und die Stimmung unter den Arbeitern nicht im geringsten einer gewissen Umwälzung anhaftig. Das widerspricht dem sehr richtigem, daß hausbackenen französischen Geiste, der heute vor allem Ruhe haben will.

Tatsache ist es aber, daß die ersten Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der französischen Regierung nicht in dem erwarteten Sinne sich angeschlossen haben. Trotz aller Demotivations laßt immer wieder das Gerücht auf, daß die Pariser Sowjetoffiziere, auf unbestimmte Zeit nach Moskau sich begeben wird. Daß er sich dortin begeben wird, wird selbst von der Sowjetoffiziere zugegeben — und zwar bereits Anfang Januar — es handelt sich darum, auf wie lange. Die Franzosen müssen ebenfalls wie Deutschland die Erfahrung machen, daß man in Sowjetrußland nach Tilsde anders redet als vor der Wahlzeit und daß die bei Beginn der Verhandlungen von den Sowjets versprochenen Absichten nur aus dem Papier fließen. Auf alle Fälle hat die Verschärfung des Kapitans Sadul, des ehemaligen französischen Delegationsmitgliedes in Rußland und späteren Heberleiters nicht gerade das Terrain gebreitet.

Zwischen wird ein Preislauf geführt, der in solcher Heftigkeit selbst in Frankreich selten ist. Die Wortführer der gegnerischen Parteien sind die „Liberte“ auf der Oppositionsseite und der „Quotidien“ auf der Regierungsseite und es spottet, aller Beibehaltung, was alles an Beschuldigungen gegenseitig vorgebracht wird. So hat der „Quotidien“ 20 000 Franken von dem Sowjets erhalten haben, mit denen er im Mai die Wahlkampagne zugunsten der gegenwärtigen Regierung betrieben habe. Das seltsame und beinahe groteske der Situation ist, daß gleichzeitig die kommunistische Partei eine sehr leumderliche Propaganda gegen die Regierung, auf der anderen Seite wird die „Liberte“ als der Vatergänger des Senators Billiet bezeichnet, jenes Mannes, der als Geschäftsführer der Union des Interests Economiques loben vor den parlamentarischen Unterhandlungsausschuss zur Prüfung der Wallons erkrankten ist und — die Eideschwörung verweigert hat. Er wird jetzt strafrechtlich verfolgt werden, denn seine Aussagen kann allein darüber Klarheit geben, welche Absichten mit den Billiet haben, welche wirtschaftlichen Vereinbarungen, die die Wiederbekehr des Nationalen Blocks erforderte, unterfertigt wurden. Billiet, der zwar in einer langen Erklärung nachzuweisen sucht, daß solche Unterfertigung keine Fälschung ist, weigert sich die Namen zu nennen und verweigert den Eid. Warum? Zweifelloos, weil hier etwas nicht in Ordnung ist.

Vor einiger Zeit war von der Oppositionsopposition ein Dokument veröffentlicht worden, das nachwies, daß der gegenwärtige Handelsminister Poincaré selbst zu dem Billiet Unterfertigungen gebührt. Die Angelegenheit ist nicht ganz klar, jedenfalls hat sich jetzt über die Regierungsprelle gerächt und Dokumente publiziert, die ein recht eigenartiges Licht auf den Generalsekretär der neuen, von Millrand gearbeteiten Partei werfen und den Exprotokraten während der Kriegszeit zeigen, was er die Einrichtung einer im Evidenz gelagerten Zogals zu einem Senatorium für langhaarigen Soldaten zu verhindern wollte, um die Türken nicht abzuschrecken. Er, sowie die betreffende Eisenbahngesellschaft und ein gefälliger Arzt als Gutachter haben jedoch die leistungsfähige demokratische Geinnahme bewiesen, die der Generalsekretär und die Millrandita heute für sich beanspruchen. Der „Quotidien“ der diese Dokumente veröffentlichte und belien Propaganda es hauptsächlich zu überheben war, daß Millrand abhandeln mußte, unternimmt, das Licht mit dem Generalsekretär und ehemaligen Abgeordneten. Der Ton läßt an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig.

